

## Input für den Klimarat zu Klima- und Energiepolitik

### Herausforderungen aus der Sicht junger Menschen

Die Klimakrise bedroht wie keine andere Krise unser aller Lebensgrundlagen und die Zukunftsperspektiven von Kindern und Jugendlichen. Die Bewältigung der Klimakrise ist daher eine Frage der Generationengerechtigkeit.

### Ziele

Die Folgen der Klimakrise sind derzeit ungleich zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen verteilt. Kinder und Jugendliche betrifft die Klimakrise besonders stark und das, obwohl sie selbst nicht oder verhältnismäßig wenig dazu beitragen.

**Um die Ziele des Pariser Abkommens von 2015 und der UN Agenda 2030 zu erfüllen, braucht es eine Klimapolitik, die diejenigen in die Pflicht nimmt, die die Klimakrise zu verantworten haben.**

### Strategien & Maßnahmen

Als Interessenvertretung aller jungen Menschen (0-30 Jahre) in Österreich fordert die BJV von politischen Entscheidungsträger\*innen:<sup>1</sup>

- Formulierung einer **langfristigen, effektiven Energie- und Klimaschutzstrategie** unter Einbeziehung aller relevanten Stakeholder, darunter die Zivilgesellschaft und die BJV
- **Verankerung des Klimaschutzes in der Bundesverfassung sowie im einfachen Bundesrecht**, um eine wissenschaftliche und transparente Folgenabschätzung für **Klima-, Umwelt- und Artenschutz** zu sichern
- Die längst überfällige Schaffung eines **zukunftsfähigen Klimaschutzgesetzes mit einem verbindlichen CO2-Budget für Bund, Länder, Gemeinden und Sektoren** und dessen zügige Umsetzung
- **Ausstieg aus Öl, Kohle und Gas als Staatsziel sowie bis 2030 das Erreichen von 100 Prozent Ökostrom**
- Halbierung **schädlicher Treibhausgase** bis 2030, Stopp bis spätestens 2050
- **Eindämmung von Methangas-Austritten**

<sup>1</sup> Bei vielen dieser Forderungen stützen wir uns auf die Expertise von WWF, Global 2000 und Greenpeace, die Szenarien für die Energiezukunft Österreichs entwickelt haben. Vgl. WWF, Global 2000, Greenpeace: Energie- und Klimazukunft Österreich: Szenario für 2030 und 2050; Auch die Forderungen des Klimavolksbegehrens werden von der BJV mitgetragen und finden sich deshalb in der Liste der BJV-Forderungen.



- Stopp von **Investitionen in fossile Infrastruktur**
- Einführung einer zukunftsfähigen und **sozial gerechten Klimasteuer auf Treibhausgasen**, bei der eine **jährliche Anhebung** vorgesehen sein muss. Der Einstiegspreis für Emissionen, die nicht vom europäischen Emissionshandel betroffen sind wie in den Bereichen Verkehr und Gebäude, sollte bei mindestens 50 € pro Tonne CO<sub>2</sub> liegen und bis 2030 auf mindestens € 180,- pro Tonne CO<sub>2</sub> ansteigen. Die Einnahmen daraus sollen wirksam und fair verteilt werden. Wir bekennen uns zu einem **Klimabonus**, der sowohl die Bedürfnisse der Menschen im ländlichen Raum ausgleicht als auch sozial gerecht ist.
- Neben der Rückerstattung in Form eines fairen Klimabonus sollen die **Mehreinnahmen transparent und lokal und sichtbar klimafreundlich investiert** werden, unter anderem in nachhaltige Infrastruktur, Energie und Verkehr.
- Begleitend zum Klimabonus fordern wir eine **österreichweite Sanierungsoffensive**, die von Bund und Ländern getragen ist, die sowohl öffentliche als auch private Projekte miteinbezieht und von der vor allem einkommensschwächere Haushalte profitieren.
- **Konsequente Einschränkung bzw. Abschaffung von umweltschädlichen Subventionen** unter besonderer Berücksichtigung von direkt und indirekt klimaschädlichen Maßnahmen: u.a. EU-weite und globale Abschaffung der Kerosinsteuerbefreiung, Abschaffung der Diesel- und Dienstwagenprivilegien, weitestgehende Aufhebung der KFZ-Steuerbefreiungen (Ausnahme: notwendige KFZ für Menschen mit körperlichen Einschränkungen).
- **Energieeffizienz bei Gebäuden**: Senkung des Energiebedarfs für Raumwärme und Kühlung von Gebäuden auf weniger als die Hälfte des heutigen Bedarfs, entsprechende Standards bei Neubauten („Nahe-Null-Emissionen“), Fokussierung auf dezentrale Energieerzeugung, Ausbau von gebäudeintegrierter Photovoltaik
- Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung muss bei den Vermieter\*innen ansetzen, nicht bei den Mieter\*innen.
- **Leistungsfähige, umwelt- und gesundheitsfreundliche Mobilität**:
  - flächendeckender Ausbau des öffentlichen Verkehrs sowie von attraktiven und sicheren Rad- und Fußwegen,
  - Ausrichtung des Ausbaus an Mindeststandards für alle Orte und Städte,
  - Gesamtstrategie zur Dekarbonisierung des Verkehrs mit starker BürgerInnen-Beteiligung im Planungs- und Umsetzungsprozess (Förderung von alternativen Antrieben und größtmögliche Verlagerung des Verkehrsaufkommens auf den öffentlichen Verkehr und die Schiene),
  - Ausbau der Angebote im öffentlichen Verkehr gezielt für Jugendliche und insbesondere im ländlichen Raum,



- Öffi-Ausbau-Offensive für schlecht angebundene Regionen und Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für Pendler\*innen (bspw. Zugfahrtzeit als Arbeitszeit nutzen und verbuchen zu können),
  - Investitionen in Forschung, Förderung und Entwicklung zukunftsfähiger Technologien und unterstützender Initiativen, um den Anteil an emissionsarmen und gemeinschaftlich genutzten Fahrzeugen zu steigern
- **Umstellung der Ernährung in Richtung regionaler und saisonaler Lebensmittel mit geringem ökologischem Fußabdruck** (u.a. bei öffentlichen Einrichtungen, Kantinen, Schulbuffets sowie Veranstaltungen)
  - **Neuausrichtung der Landwirtschaft im Sinne einer naturnahen und nachhaltigen Produktionsweise** und verstärkter Förderung von klein strukturierten Betrieben
  - **Verdopplung der öffentlichen Zuschüsse für die österreichischen Programme** im Rahmen der Klimafinanzierung auf **150 Mio. Euro jährlich**
  - **Finanzielle und technische Unterstützung von Entwicklungsländern** bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, Leistung eines angemessenen Beitrags zum **Green Climate Fund**
  - **Katastrophenschutz/-einsätze:** Erhöhung der öffentlichen Zuschüsse für Organisationen, die international im Bereich Katastrophenschutz/-einsätze tätig sind
  - **Ausbau der Forschung und Nutzung zu erneuerbaren Energiequellen** (Wind, Fotovoltaik, Biomasse, Wasser)

#### Weiterführende Informationen & Rückfragehinweis

Mehr über die Arbeit der Bundesjugendvertretung ist hier zu finden: <https://bjv.at/>

Für etwaige Fragen steht das BJV-Büro gern zur Verfügung:

Maria Lettner  
Referentin für Kinder- und Jugendpolitik

[maria.lettner@bjv.at](mailto:maria.lettner@bjv.at)

0676/88011 1145

